

Welche Folgen hat der israelische Boykott des Gazastreifens für Einhaltung der Menschenrechte im Gazastreifen? Um diese Frage zu erörtern, organisierte die FES zusammen mit dem Partner „The National Society for Democracy and Law“ (NSDL) am 24. April eine Konferenz in Rafah im Süden des Gazastreifens.



*Teilnehmer der Konferenz bei einer Podiumsdiskussion*

Es nahmen Vertreter von Menschenrechtsorganisationen aus den Palästinensischen Gebieten und Ägypten, zahlreiche Intellektuelle sowie Korrespondenten der lokalen Presse teil.

In seiner Rede betonte Mukhlis Qutb, Vertreter des Nationalen Rates für Menschenrechte in Kairo, die Notwendigkeit, die Menschenrechte im Gazastreifen mit allen friedlichen Mitteln zu verteidigen. Die Teilnehmer der Veranstaltung wiesen darauf hin, dass es wichtig sei, den Grenzübergang in Rafah zu öffnen. Dies müsse jedoch im Einvernehmen aller Beteiligten geschehen und dürfe nicht die ägyptische Grenzhoheit gefährden. Ferner forderten sie, den Gazastreifen zum Katastrophengebiet zu erklären und die Menschenrechtsverletzungen von nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen dokumentieren zu lassen.

Anfang April organisierte die NSDL eine Demonstration in der Stadt Rafah, um gegen die ständigen Preiserhöhungen der Grundnahrungsmittel zu protestieren.

Die Veranstalter warnten davor, dass das Fortbestehen der umfassenden wirtschaftlichen Blockade und die damit verbundenen Preiserhöhungen der Grundnahrungsmittel gravierende Auswirkungen auf die humanitäre Situation im Gazastreifen haben werden. Sie forderten, diejenigen zu bestrafen, die Lebensmittel in den Gazastreifen schmuggeln und zu überhöhten Preisen verkaufen. An dem Protestmarsch nahmen mehr als 1000 Personen teil.



*Demonstranten in Rafah protestieren gegen die hohen Lebensmittelpreise*